

**Die Wege der Regierung und des Abgeordneten-
hauses in der Schleswig-Holsteinischen Sache.**

Um der Regierung ihr Verdienst um Schleswig-Holstein zu verkümmern, wird von ihren Gegnern immer und immer wieder behauptet: ihr Zweck und Ziel bei der Kriegführung sei nicht die gänzliche Befreiung der Herzogthümer, sondern nur die Personal-Union derselben mit Dänemark gewesen, das heißt die Errichtung eines besonderen Schleswig-Holsteinischen Staates, der jedoch mit Dänemark durch die Person des Herrschers vereinigt bleiben sollte. Erst hinterher sei die Regierung wider ihren Willen von der Macht des Volkswillens über jenen ihren ursprünglichen Zweck hinausgedrängt worden und habe dasjenige ausgeführt, was die Volkspartei im Abgeordnetenhaus von vorn herein verlangt habe.

Nun wäre es freilich auch schon ein Verdienst der Regierung, wenn sie den glücklichen Gang der Ereignisse so gut benutzt hätte, um schließlich weit Höheres zu erringen, als sie zuerst zu hoffen gewagt; aber diesmal verhält es sich doch nicht so, sondern die Regierung hat das weit größere Verdienst, die Erreichung des höchsten Ziels von vorn herein mit ins Auge gefaßt und durch den Weg, den sie einschlug, möglich gemacht zu haben.

Von dem ersten Augenblicke, wo unsere Regierung die Schleswig-Holsteinische Sache handelnd aufnahm, war das Ziel, das sie unablässig verfolgte, das: für die Freiheit und Selbstständigkeit der vereinigten Herzogthümer das Höchste zu erreichen, was unter der Gunst der Umstände irgend möglich wäre. Bei solchem klar bewußten Streben konnte ihr die Personal-Union nicht der wirkliche letzte Zweck der Kriegführung sein. Schon im Dezember 1863, vollends aber nachdem Holstein besetzt und der Feldzug in Schleswig begonnen war, deuteten auch alle Aeußerungen der Regierung darauf hin, daß ihr die Personal-Union nur als das Mindeste galt, was erreicht werden müsse, falls es nämlich unter den europäischen Verhältnissen kein anderes Mittel geben sollte, mit Holstein auch Schleswig zu befreien. Schon damals aber war doch das ganze politische und militärische Vorgehen Preußens thatsächlich darauf gerichtet, wo möglich über jenes Maß der Personal-Union hinaus die volle Freiheit und Selbstständigkeit der Herzogthümer zu erreichen.

Die »Provinzial-Correspondenz«, von welcher demokratische Blätter dreist behaupten, sie habe »den Plan der Personal-Union mit Jubel begrüßt«, darf im Gegentheil gerade darauf hinweisen, daß sie niemals auch nur eine Zeile für die Personal-Union als Zweck und Ziel der preussischen Politik geschrieben hat. Aus den Aeußerungen dieses Blattes von Anfang an geht vielmehr klar hervor, daß die preussische Regierung, so sehr ihr zuerst durch politische Pflichten und Rücksichten die Hände gebunden waren, doch sofort das höchste Ziel der gänzlichen Befreiung von ganz Schleswig-Holstein als Zweck ihrer Kriegführung ins Auge faßte.

Wie steht es denn nun aber mit den Vorschlägen und Forderungen des Abgeordnetenhauses?

Was verlangte denn das Abgeordnetenhaus? Erstens als Ziel allerdings die gänzliche Befreiung Schleswig-Holsteins, — als Mittel zu diesem Zweck aber zweitens: die sofortige Anerkennung und Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg, — und drittens ein Vorgehen Preußens nach den Beschlüssen des deutschen Bundes, im Verein und in Uebereinstimmung mit den Mittel- und Kleinstaaten. Was hat dagegen die preussische Regierung gethan? Sie hat erstens das Ziel der gänzlichen Befreiung über die Erwartungen und Forderungen des Abgeordnetenhauses hinaus erreicht; denn sie hat nicht bloß Schleswig und Holstein, sondern auch Lauenburg befreit, — sie hat dies aber nur erreichen können, indem sie die entgegengesetzten Wege von denen ging, welche das Abgeordnetenhaus als die einzig richtigen bezeichnete; denn sie hat

zweitens den Prinzen von Augustenburg nicht ohne Weiteres anerkannt und eingesetzt, — sie hat drittens nicht von Bundeswegen, sondern im Verein mit Oesterreich und als Großmacht die Lösung der Schleswig-Holsteinischen Sache herbeigeführt.

Wie weit das Abgeordnetenhaus davon entfernt war, die Wege zu empfehlen, welche die Regierung gegangen ist, das zeigt der Beschluß, welcher am 22. Januar auf den Antrag von Schulze-Delitzsch gefaßt wurde und in welchem es hieß:

in Erwägung, daß Preußen gemeinsam mit Oesterreich am Bunde erklärt hat, es werde die Schleswig-Holsteinische Sache in die eigene Hand nehmen und die Befreiung Schleswigs als europäische Großmacht ausführen; —

in Erwägung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung mißbraucht;

in Erwägung, daß diese preussisch-oesterreichische Politik kein anderes Ergebnis haben kann, als die Herzogthümer abermals Dänemark zu überliefern;

in Erwägung, daß die angebotene Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, — erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegentreten werde.

Dies war die letzte Aeußerung des Abgeordnetenhauses über die Politik der Regierung.

Von alle dem, was das Abgeordnetenhaus so zuversichtlich voraussetzte, ist Nichts in Erfüllung gegangen.

Preußen hat im Bunde mit Oesterreich und als europäische Großmacht die Schleswig-Holsteinische Sache in die Hand genommen, nicht aber, um von Deutschland abzufallen, sondern um Deutschlands Recht kräftig und erfolgreich zur Geltung zu bringen. Der Bürgerkrieg ist in Deutschland nicht ausgebrochen, sondern Preußens und Oesterreichs Machtstellung ist schließlich auch vom Bundestag anerkannt und geachtet worden. Die Herzogthümer sind nicht abermals an Dänemark überliefert, sondern völlig und auf immer befreit.

Es ist möglich, daß solche Ergebnisse auch auf den Wegen, welche das Abgeordnetenhaus empfahl, erreicht worden wären, — doch kann es Niemand als gewiß behaupten. Dagegen ist gewiß, daß auf dem entgegengesetzten Wege, welchen die Regierung eingeschlagen, im Widerspruch mit den bestimmten Vorherhersagungen des Abgeordnetenhauses, die herrlichsten Erfolge thatsächlich erreicht sind.

Man sollte so ehrlich sein, dies einzugestehen!

Die neue Landtags-Sitzung

wird von Sr. Majestät dem Könige persönlich am 14. Januar, Mittags um 1 Uhr, im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin eröffnet werden.

Es waren in letzter Zeit noch vielfach Zweifel geäußert worden, ob nach den betrübenden Vorgängen der letzten Session jetzt eine Eröffnung durch den König selbst stattfinden würde. Die Regierung aber scheint davon auszugehen, daß die großen und ruhmvollen Ereignisse der Zwischenzeit eine neue Lage der Dinge geschaffen haben, in welcher es dem König vergönnt ist, von den früheren Irrungen und Gegensätzen abzugehen und mit der erneuerten Hoffnung vor den Landtag zu treten, daß derselbe die Hand dazu bieten werde, aus den Erfolgen des Krieges nunmehr auch die Segnungen des inneren Friedens erwachsen zu lassen.

Wenn dies gelingen soll, so muß vor Allem die endliche Verständigung über die Militärfrage, die gesetzliche Feststellung derselben unter Mitwirkung des Landtages erfolgen. Wer möchte nicht hoffen, daß die glänzende Bewährung unseres Heeres und seiner Einrichtungen dazu beitragen müsse, diese Verständigung erreichen zu lassen, obwohl die Wortführer der Parteien schon im voraus darauf hinarbeiten, jede solche Aussicht zu verschließen.

Im Falle der Verständigung über die Militärfrage würde die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts für 1865, so wie die nachträgliche Erledigung der Staatshaushaltsfragen überhaupt, erheblichen Schwierigkeiten nicht unterliegen.

Außerdem werden den Landtag folgende Gegenstände vorzugsweise beschäftigen:

eine Vorlage in Betreff der für den Krieg verausgabten Gelder (wozu eine Anleihe bekanntlich nicht erforderlich war und auch weiter nicht beantragt wird), sobald die Rechnung an darüber vollständig vorliegen werden, —

ein Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Militär-Invaliden und die Wittwen der im Kriege Gebliebenen, —

eine Vorlage in Bezug auf die weitere Entwicklung der preussischen Seemacht, — und zwar der vollständige Grundungsplan und die Anträge in Betreff der zur allmäligen Ausföhrung erforderlichen Mittel, —

eine Vorlage in Betreff der Herstellung einer Kanalverbindung zwischen der Ost- und Nordsee durch Schleswig und Holstein und der Betheiligung Preußens daran, —

die Verträge über die Erneuerung des deutschen Zollvereins, sowie die Abänderungen des Handelsvertrags mit Frankreich, —

eine allgemeine Wege-Ordnung, —

ein allgemeines Berg-Gesetz, —

ein Gesetz über die Gerichtsbarkeit der preussischen Konsuln im Auslande, —

Vorlagen in mehreren Eisenbahn-Angelegenheiten (zunächst in Betreff der Bahnen von Danzig nach Neufahrwasser, von Heppens nach Oldenburg, von Trier durch die Eifel nach Call, ferner wegen der Berlin-Küstriner, der Tilsit-Insterburger, der ostpreussischen Südbahn u. s. w.); endlich

eine Anzahl Gesetzentwürfe von geringerer Bedeutung, namentlich aus dem Bereiche des Justiz- und Handels-Ministeriums.

Hiernach wird es dem Landtage an Gelegenheit zu fruchtbringender Thätigkeit für die wirklichen Landesinteressen nicht fehlen. Möchten die Mitglieder beider Häuser, beseelt von dem Geiste wirklicher Vaterlandsliebe und von dem festen Willen, das Wohl des Landes in Gemeinschaft mit der Regierung des Königs zu fördern, an ihre ernstlichen und wichtigen Arbeiten herangehen und die trüben Vorzeichen Lügen strafen, welche hier und da in Bezug auf die Absichten des Parteiwesens bereits auftauchen.

Se. Majestät der König hat in den letzten Tagen die Minister zu Conseilberathungen um sich versammelt, welchen auch der Kronprinz beivohnte und in welchen die nöthigen Beschlüsse in Bezug auf die bevorstehende Sitzung des Landtags gefasst wurden.

Der Kronprinzliche Hof hat so eben die Freude gehabt, den Prinzen Alfred von England, Bruder der Frau Kronprinzessin, welcher jetzt seine Studien auf der preussischen Universität Bonn macht, einige Tage bei sich zu sehen.

Prinz Friedrich Karl, welchem während des Feldzugs, in dem er zuletzt den Oberbefehl über die österreichischen, wie über die preussischen Truppen geführt hat, Seitens des Kaisers von Oesterreich die höchsten militairischen Ehren durch Verleihung des Maria-Theresia-Ordens und eines österreichischen Regiments zu Theil geworden sind, beabsichtigt, dem Kaiser seinen Dank dafür in einem Besuche am Wiener Hofe abzustatten. Die Reise hat durch eine Hoftrauer in Wien eine kurze Verzögerung erfahren.

Die Zeitungen knüpfen an diesen beabsichtigten Besuch allerlei Gerüchte über vermeintliche politische Aufträge des Prinzen. Diese Angaben sind jedoch durchweg irrthümlich: die Reise hat durchaus keinen andern Zweck, als den oben angedeuteten.

(Falsche Gerüchte über Oesterreich.) Es sind kaum acht Tage, daß ein der österreichischen Regierung nahe stehendes Blatt, gegenüber den Gerüchten von einem Auseinandergehen Preußens und Oesterreichs und von einer Annäherung Oesterreichs an die deutschen Mittelstaaten, Folgendes schrieb:

»Die Ueberzeugung, daß ein enges und freundschaftliches Zusammengehen mit Preußen den wirklichen Interessen der deutschen Großmächte, sowie des ganzen Deutschlands und der Herzogthümer entspricht, ist hier (in Wien) in maßgebenden Kreisen in Nichts erschüttert.«

Kaum ist diese so bestimmte und bländige Versicherung gegeben, so beginnen doch die Gegner des preussisch-österreichischen Bündnisses bereits wieder, den Glauben zu verbreiten, daß die bundesfreundlichen Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten gestört seien. So erzählen die Zeitungen unter Anderem: Oesterreich habe sich

durch die bekannte Note des Herrn von Bismarck an Bayern veranlaßt gesehen, dorthin und nach Preußen eine Erklärung im entgegengesetzten Sinne zu richten.

Eine solche Aeußerung ist jedoch weder hierher, noch nach München gelangt. Oesterreich hat sich über die preussische Note überhaupt nicht erklärt; und insoweit neuerdings irgend welche österreichische Erklärungen an andere deutsche Höfe ergangen sind, darf man mit Bestimmtheit annehmen, daß dieselben durchaus obiger Aeußerung des österreichischen Regierungsblattes entsprechen. Die österreichische Regierung stimmt mit der preussischen darin völlig überein, daß irgend ein Vernehmen mit den übrigen deutschen Bundesregierungen in Betreff der Schleswig-Holsteinschen Sache nicht eher stattzufinden hat, als bis darüber eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich selbst erzielt sein wird.

(Schleswig und Kiel.) Zum Sitz der obersten Verwaltungsbehörde in den Elbherzogthümern ist nunmehr bestimmt Schleswig ausersehen, besonders auch, um der früher blühenden Stadt für die von ihr während der letzten Zeit der dänischen Herrschaft gebrachten bedeutenden Opfer eine Entschädigung zu gewähren. Die Uebersiedelung von Kiel nach Schleswig soll am Ende dieses Monats stattfinden. Die beiden Civilkommissare Preußens und Oesterreichs, die Freiherren v. Sedlitz und v. Falbhuber, werden ihren Sitz auf Schloß Gottorf nehmen.

Das militairische Ober-Kommando der verbündeten Armee unter dem General-Lieutenant v. Serwarth ist am 6. d. M. von Altona nach Kiel verlegt worden.

(Die Stände des Herzogthums Lauenburg) entsandten bekanntlich zu Anfang Novembers v. J. eine Deputation nach Berlin, um den König von Preußen zu ersuchen, ihr Land unter seine Regierung zu nehmen. Nachdem die Deputation über den ihr bei Sr. Majestät dem Könige und bei dem Minister-Präsidenten von Bismarck zu Theil gewordenen Empfang Bericht erstattet, haben die Stände eine Dankadresse an den König beschloffen, an deren Schlusse es heißt:

»Ew. Königliche Majestät haben die hohe Gnade gehabt, unsere Abgeordneten persönlich zu empfangen und denselben in huldreichster Weise zu erklären, daß, wenn Ew. Majestät der Kaiser von Oesterreich seine Rechte an Ew. Majestät abtreten werde, Ew. Königliche Majestät, den von uns kundgegebenen Wünschen gemäß, Allergnädigst die Landesherrschaft übernehmen, die Einrichtungen unseres Landes bestehen und beschällige Festsetzungen demnächst treffen lassen wollen. — Diese Allerhöchste Zusicherung hat uns zu dem lebhaftesten Danke bewegt, und haben wir denselben Ew. Königlichen Majestät allerunterthänigst auszusprechen nicht unterlassen dürfen. — Das Vertrauen zu Ew. Königlichen Majestät weisen und festen Regierung wird uns auch ferner begleiten, und geben wir uns der frohen Hoffnung hin, daß in nicht ferner Zeit Ew. Königlichen Majestät wir als unserem alleinigen Landesherren unsere Unterthanen-Huldigung werden darbringen können.«

(Nachträgliche Scham.) Demokratische Blätter bestreiten jetzt, daß von ihrer Partei je behauptet worden sei: daß die Kriegserfolge an der eigenen Bevölkerung Preußens so spurlos vorübergehen, wie es in der Geschichte aller Länder ohne Beispiel sei.

Mit dem Leugnen ist's jedoch nicht gethan.

Die von der »Provinzial-Correspondenz« angeführte Stelle war in der »Berliner Börsen-Zeitung«, in der »Magdeburger Zeitung« und in einer ganzen Reihe anderer demokratischer Blätter zu lesen.

In Nr. 266 der »Magdeburger Zeitung« lautete er wörtlich wie folgt:

»Die Erscheinung, daß ein Krieg von einem so ununterbrochenen Glücksverlaufe, wie die vaterländische Geschichte kaum einen ähnlichen aufweist, und die Erwerbung eines für die ganze künftige Entwicklung des Vaterlandes unbedingt so wichtigen Landestheils so völlig spurlos an der eigenen Bevölkerung vorübergeht, ist in der Geschichte aller Länder sicher ohne Beispiel und zweifelsohne wohl nur aus der tiefen Verstimmung des preussischen Volkes über unsere inneren Zustände zu erklären.«

So haben die demokratischen Blätter vor wenigen Wochen gedacht und geschrieben. Heute scheinen sie sich jener Aeußerung zu schämen. Das ist ein erfreuliches, wenn auch unfreiwilliges Zeugniß für den inzwischen fortgeschrittenen »Umschwung«.